

V e r m e r k

über die Senatssitzung mit dem Bundeskanzler
am 12. Juli 1961

Beginn 10.20 - Ende 11.50

Nach Begrüßung des Bundeskanzlers und der Staatssekretäre durch den Regierenden Bürgermeister bittet der Regierende Bürgermeister den Bundeskanzler um eine kurze Beurteilung der Lage.

Zur politischen Lage - der Kanzler sprach auch noch über den Kirchentag und die Grenzgängerfrage - wies er zunächst darauf hin, daß nach einem langen Gespräch, das ein Botschafter der westlichen Mächte - die Macht wollte er aus begreiflichen Gründen nicht nennen - mit Chruschtschew geführt hat, dieser den Eindruck gewann, daß das Selbstgefühl Chruschtschews außerordentlich gestiegen sei, und zwar deshalb, weil er der Ansicht ist, daß durch die neueste Entwicklung die Sowjetunion stärker sei als die USA. Dies ließ er sehr deutlich erkennen. Er wisse zwar nicht, fuhr der Bundeskanzler fort, was die Amerikaner noch angefangen haben zu planen, habe jedoch den Eindruck, als ob die Sowjetunion einen Vorsprung hätte gegenüber den USA, und das wisse Chruschtschew und habe seine ganze Haltung gestärkt. Das gehe auch daraus hervor, daß er erklärt hat, was 1959 in Genf verhandelt worden sei, existiere für ihn (Chruschtschew) nicht mehr. Zunächst befinden wir uns noch, sagte Adenauer weiter, im Stadium der vorbereitenden Gespräche, aber auch dieses Stadium muß von uns sehr ernst genommen werden. Er glaubt sicher sagen zu können, daß bei den USA und den anderen Partnern (Siegermächten und NATO-Freunden) die Entschlossenheit sehr gut ist, ebenfalls bei Frankreich und auch bei England. Der Kanzler führte wörtlich weiter aus: "Sie werden gefühlt haben, daß ich bei England das Wort zugesetzt habe, "und auch". Ich habe volles Vertrauen zu MacMillan und der Regierung. Mir gefällt aber nicht der Text der Sonntagsblätter

der Londoner Zeitungen. Die waren nicht erfreulich. Ich betone nochmals, die britische Regierung ist fest zum Problem Berlin. Da haben Amerika, Großbritannien und Frankreich eigene Rechte, wie auch die Sowjetunion Rechte hat, was die Frage der Zone angeht. Hinsichtlich der Wiedervereinigung beruhen die Verpflichtungen der drei Besatzungsmächte auf dem Deutschlandvertrag. In diesem Vertrag haben sich die drei Mächte und wir gemeinsam verpflichtet zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Man braucht in der Öffentlichkeit über die völkerrechtliche Frage nicht viel zu sagen. Unter uns müssen wir völlig klar sein. Das Problem Berlin läßt sich auf die Dauer nicht lösen, ohne daß die Wiedervereinigung vollzogen wird. Ich denke an eine Reihe von Jahren. Die Sowjetunion wird immer wieder an unserem wundesten Punkt "Berlin" ansetzen. Ich empfehle, hier zu lesen das russische Buch "Perpetuum mobile". Das sollte sich jeder beschaffen."

Weiter fuhr der Bundeskanzler fort: "Von den Russen werden Verträge nur so lange gehalten, wie Rußland glaubt, es wäre von Nutzen. Sie werden mir entgegenhalten, daß das auch andere Mächte so tun. Aber immerhin ist die Zusammenstellung dieser Vertragsbrüche durch die Sowjetunion ungewöhnlich und sehr beachtenswert. Daher glaube ich, daß Friedensverträge mit Rußland vielleicht augenblicklich eine Erleichterung der Situation bringen, aber keine dauernde. Der Anfang muß immer eine kontrollierte Abrüstung sein. Wer steht uns dafür bei Verhandlungen über Berlin ein. Chruschtschew sagt, er achte diese Rechte. Das tut er jetzt schon nicht, sondern geht einfach über die Rechte der anderen drei Mächte hinweg."

"Ich glaube nicht", führte der Kanzler aus, "daß Chruschtschew einen Krieg will. Wenn er auch glaubt, daß er stärker sei, so weiß er doch, daß bei einem nuklearen Krieg man nicht mehr von Siegern und Besiegten sprechen kann. In dem Gespräch mit dem Botschafter hat er gesagt, wenn es zum Krieg kommen kann, wird dieser Krieg von Anfang an ein nuklearer sein. Er glaubt nicht, daß wegen der Freiheit von zwei bis drei Millionen Berlinern 200 Millionen Menschen

geopfert werden müßten. Er (damit ist m.E. der Botschafter gemeint/Preuße) hat mir Vorwürfe gemacht und namentlich versucht, die drei Westalliierten von seiner Ansicht zu überzeugen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß Chruschtschew einen Krieg vermeiden will."

Der Bundeskanzler verliest dann einen ~~da~~ heute in der Neuen Frankfurter Zeitung erschienenen Artikel und bemerkt dazu, daß in den einleitenden Worten ein guter Teil richtig sei, er jedoch nicht in allem die gleiche Ansicht vertrete.

Der Kanzler sagte weiter: "Wenn die Öffentlichkeit nun in den nächsten Wochen zu wenig hört von amtlichen Schriftstücken, dann betrachten Sie das nicht als ein Symptom der Gleichgültigkeit. Kennedy hat vor einiger Zeit erklärt, die Freiheit Amerikas fange an bei den Toren Berlins. Amerika würde einen solchen Prestigeverlust in der ganzen Welt erleiden und kann es sich nicht leisten, nicht mit uns zu gehen. Wenn Berlin fällt, wird es weitergehen. Dann wird man die Bundesrepublik haben wollen und - wenn das geschieht - dann ist der Westen verloren und die Sowjetunion stärker als die USA. Es könnte die USA empfindlich treffen auf wirtschaftlichem Gebiet, hier ist sie besonders empfindlich. Denken Sie nur an die hohe Zahl von 6 Millionen Arbeitslosen in Amerika."

"Ich wiederhole nochmals", fuhr der Kanzler fort, "meine feste Überzeugung. Ich will sie nicht von Kennedy herleiten, sondern aus der Notwendigkeit der Tatsachen der USA bin ich der Auffassung, daß die USA ihre Pflicht tun werden und sich für die Wahrung ihrer Rechte in Berlin absolut einsetzen. Das können Sie auch bezüglich Frankreichs annehmen. De Gaulle sagte mir, Frankreich und er seien absolut für die Wiedervereinigung, weil er nicht möchte, daß die Russen eines Tages am Rhein auftauchen. MacMillan ist für uns Kontinentale manchmal sehr vorsichtig und etwas mehr deutlich (?). Es ist schwer, die Engländer richtig zu verstehen. MacMillan und seine Regierung sind fest. Bei den Konservativen und den Labour-Leuten gibt es eine kleine Minderheit, die anders denkt, aber das Gros steht hinter MacMillan und der Regierung. "

Der Kanzler führte weiter aus: "Die Deutsche Note wird höchst wahrscheinlich schon heute übergeben. Wir sind aber in sehr engen Kontakten mit den dreien, und wenn sie den Wunsch äußern, wir möchten noch einige Tage warten, dann können wir nicht sagen 'nein, das tun wir nicht'. Nach der Überreichung der Note wird sie dann auch veröffentlicht. Die Noten der anderen drei Mächte werden in naher Zukunft übergeben werden. Was dann der Kreml darauf tun wird, das werden wir natürlich abwarten müssen."

"Es ist die Frage aufgetaucht", fuhr der Kanzler fort, "ob der Westen nicht selbst Konferenzen vorschlagen sollte. Das ist eine Frage, die in den engsten Kreisen der Viermächte schon angeschnitten wurde. Es besteht die Möglichkeit, daß von westlicher Seite eine Initiative kommt. Aber eine Konferenz der 53 Siegerstaaten (ein großer Teil von ihnen hat uns nur deshalb den Krieg erklärt, um die deutschen Güter einstecken zu können, mehr haben sie nicht getan) wird wohl nicht stattfinden. Die drei werden sich nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen. Das müssen wir abwarten."

Der Bundeskanzler kam dann auf den Kulturaustausch zu sprechen. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, weil die russische Seite Berlin nicht drin haben wollte. Sie wissen auch, daß von der deutschen Industrie geplant ist, im Jahre 1962 eine deutsche Industrieausstellung in Moskau abzuhalten.

"Eine große Rolle spielen jetzt aber die Schwierigkeiten, die dem Evangelischen Kirchentag gemacht werden!" fuhr der Kanzler weiter fort, "das möchte ich in aller Offenheit, aber Vertraulichkeit, sagen. Der amerikanische Botschafter hat erklärt, daß die Reaktion der Bundesrepublik auf die Schwierigkeiten, die dem Kirchentag gemacht werden, in den Vereinigten Staaten aufmerksam verfolgt werden. Ich habe dem Regierenden Bürgermeister das bereits mitgeteilt und von ihm gehört, daß man bei der Leitung des Evangelischen Kirchentages etwas weich geworden sei. Das wäre allerdings, nachdem der amerikanische Botschafter dies erklärt hat, im höchsten Grade unerwünscht. Es wird heute Vormittag in Bonn darüber gesprochen und

verhandelt.

Das sind aber wieder Vorstellungen, die die Billigung der amerikanischen Seite nicht finden würden, und es wäre mir lieb, darüber von Ihnen etwas zu hören.

Es wird von USA-Seite u.a. vorgeschlagen, auf die Beschränkungen mit Unterbrechung des Interzonenhandels, öffentlichen Erklärungen in Form von Protesten, Beschränkungen des Reiseverkehrs pp. zu antworten. Die amerikanische Regierung hat es sehr eilig in der Sache. Natürlich kann die Bundesregierung keine Erklärung abgeben, ehe wir von Ihnen nicht eine Erklärung haben. Ich hätte hierüber möglichst bald Ihre Meinung, Herr Regierender Bürgermeister.

Das sind im wesentlichen die Fragen, die mir am Herzen liegen. Herr Lemmer hat den Vorschlag einer Volksabstimmung in Berlin wieder in Erinnerung gerufen. Damals wurde von Berlin aus gesagt, daß Sie das tun würden, wenn die Westalliierten eine solche Volksabstimmung wünschen. Vielleicht wird im Laufe unserer Besprechung Herr Lemmer dazu noch etwas sagen.

Da der Flüchtlingsstrom so gewaltig ansteigt, werden wir selbstverständlich mit Flüchtlingslagern usw. sorgen. Das brauchen wir nicht zu erörtern.

Zusammenfassend möchte ich nochmals sagen:

USA fest, England fest, Frankreich fest.

Die öffentliche Meinung müssen wir noch beeinflussen, damit von dieser Seite keine Schwierigkeiten kommen.

Bitte seien Sie davon überzeugt, daß insgeheim das Berlin-Problem bearbeitet wird.

Das letztere gilt auch von der Gewalt, die angewendet werden muß bei eventuellen Maßnahmen der Sowjetunion.

Es liegt ^{nicht} in unserem Interesse, daß die Sache von unserer Seite aus gesteigert wird, denn dann ist zu erwarten, daß auch Chruschtschew sich wieder auf seiner Seite steigert. Das Ziel muß sein, daß Chruschtschew - ohne das Gesicht zu verlieren - wieder einen Schritt zurückgeht. Am 17. Oktober findet der Kongreß der kommunistischen Partei statt. Auf diesem Kongreß hat Chruschtschew sehr wichtige

Fragen zu verteidigen und wir wollen ihm keine Gelegenheit bieten, daß er durch außenpolitische Sachen die Öffentlichkeit oder die Partei von den wirtschaftlichen Fragen, die als sehr ernst bezeichnet werden können, ablenken kann. Ich habe das in völliger Freimütigkeit gesagt und wäre dankbar, wenn Sie darüber auch Ihre Meinung sagen würden."

Der Regierende Bürgermeister antwortete, daß wir in Berlin der Auffassung seien, daß wir nicht wieder über Berlin, sondern über die Wiedervereinigung verhandeln müßten. Es wäre schlecht um die Zukunft Berlins bestellt, würden die Verhandlungen auf Berlin konzentriert. Er verwies auf Genf. MacMillan habe gesagt, man könne da wieder anknüpfen. An einige Dinge könnte man, an andere wieder nicht. Jetzt taucht die Frage auf, welche Schritte denkbar wären, die todernste Bedrohung von Berlin wegzudrücken. Mit einer Festigkeit auf dem Status quo zu beharren, ist das nicht zu meistern. Der Regierende Bürgermeister glaubt, es komme darauf an, die Berlin-Frage einzupacken. Die Russen müßten isoliert werden, ~~wenn~~ ^{auch} wenn nichts von einer Konferenz mit den 53 Staaten gehalten werde. Das wäre ja auch nur eine der Möglichkeiten. Wenn die Westmächte es nicht täten, werde es eine Gruppe neutraler Staaten geben. Es würde ein Kampf um die Weltmeinung einsetzen, ob Rußland auf seinen Thesen besteht oder ob wir und unsere Freunde uns durchsetzen.

Der Regierende Bürgermeister wies weiter darauf hin, daß man sich bei den Alliierten vielleicht auf eine Hochzeit vorbereite, die nicht stattfindet. Chruschtschew habe gesagt, daß er die beiden Punkte, die dort vorgeschlagen wurden, akzeptiere. Damit hätten wir es zunächst zu tun. Rbm wies darauf hin, daß die Möglichkeit bestehe, daß Chruschtschew nicht sofort vollendete Tatsachen schaffen werde, sondern daß der Vorgang in drei Stufen erfolgen könnte, und fragte, wann dann die militärischen Maßnahmen der Alliierten ergriffen werden würden.

Weiter führte der Regierende Bürgermeister aus, daß wir uns nichts vormachen dürfen, daß irgendeine Macht Atomwaffen für ein angemessenes Mittel gegen Stempel hält. Da passen die militärischen Mittel nicht hinein. Er sehe das nicht nur auf Grund eigener Überlegungen und auch nicht auf Grund von Zeitungsnotizen. Jauer (?) habe berichtet, daß genau zu diesem Thema in Wien etwas gesagt worden ist. Die Londoner Times habe in eben demselben berichtet: "Wir sind sehr zufrieden mit den Westmächten, fürchten nur, daß sie sich auf Situationen beziehen, in die die russischen Maßnahmen nicht hineinpassen".

Der Regierende Bürgermeister sagte, daß er dazu neige, daß die Bundesrepublik eine Art Berlin-Doktrin verkünden müsse. Die Bundesregierung schließe keine Verträge, wenn nicht die Berlin-Klausel einbegriffen ist. Die Bundesregierung solle erklären, "dieses Opfer nehmen wir auf uns". Dabei meinte er, wie er sagte, nicht eine Berlin-Doktrin im engeren technischen Sinne.

Zur Industrieausstellung war der Regierende Bürgermeister der Ansicht, daß Listen mit Berliner Firmen aufgestellt und abgewartet werden sollte, ob diese auf den eingereichten Listen gestrichen werden.

Der Kanzler warf hier ein, sie werden sie nicht streichen.

Der Regierende Bürgermeister antwortete darauf, daß wir dann nicht betroffen seien.

Zur Frage des Kirchentages erklärte der Regierende Bürgermeister, daß die Amerikaner gestern auch bei ihm gewesen seien. Er habe ihnen erklärt, daß - wenn es zu Unterbrechungen an der Zonengrenze komme - Berlin für diesen Fall gerüstet sei. Es würden dann soviel wie möglich und schnell wie möglich eingeflogen werden. Auch die Amerikaner würden dabei helfen. Ob der Kirchentag stattfinden oder nicht, würde sich wohl erst morgen entscheiden. Er würde es bedauern, wenn diese Entscheidung so ausfiele, daß der Kirchentag abgeblasen werde. Er wies darauf hin, daß ca. 1500 Vertreter aus aller Welt zum Kirchentag kommen würden. Es werde ein großes Aufsehen erregt werden. Der Kirchentag wäre ja nicht zu vergleichen mit dem Heimkehrertreffen.

Der Regierende Bürgermeister sagte dann, daß die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens sich s.E. nur vertreten lasse, wenn es zu Behinderungen zwischen dem Westen und Westberlin käme. Nur dann könnte etwas unternommen werden. Von der Beschränkung im Reiseverkehr versprach er sich nicht allzuviel. Weiter kam er darauf zu sprechen, daß die Alliierten die Beschränkung der Pässe seinerzeit bald wieder aufgehoben haben, obwohl von östlicher Seite die Beschränkungen nicht gefallen sind. Im übrigen würde man damit nicht die Funktionäre von drüben treffen, denn denen ständen andere/^{Wege} zur Erhaltung von Pässen offen.

Der Regierende Bürgermeister streifte weiterhin noch die Grenzgänger- und Flüchtlingsfrage. Er nannte die Zahlen der letzten Tage und wies auf die wahrscheinlichen Gründe des Ansteigens des Flüchtlingsstromes hin.

Zur Frage der Volksabstimmung führte er aus, daß Bedenken wegen der Form und der halb privaten Veranstaltung bestanden hätten. Es ließe sich auch nicht aus dem Handgelenk beantworten, ob der 17. September der richtige Termin sei. Das wolle sehr überlegt sein. Zu überlegen wäre vor allem die Form, die Fragestellung und - wie gesagt - der Zeitpunkt. Der Gedanke selbst verdiene sicher, sehr ernst geprüft zu werden.

Der Kanzler ergriff dann noch einmal das Wort zur Verlesung eines Schreibens des Mr. Dowling. Er wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß jetzt nicht etwa der Kirchentag abgeblasen werde, da das in den USA politische Rückschläge für Berlin und Deutschland haben könne.

Minister Lemmer führte im Anschluß daran aus, daß nach den neuesten Meldungen der Osten erklärt habe, daß innerhalb der Kirchenräume Veranstaltungen stattfinden können. Er wird Veranlassung nehmen, mit der Kirchentagsleitung zu sprechen, daß die Veranstaltung auf jeden Fall stattfinden soll.

Er griff dann das Thema "Volksabstimmung" auf und sagte, daß er deshalb auf den Gedanken gekommen sei, diese Volksabstimmung in Berlin am 17. September zu veranstalten, da an diesem Tage in der

Bundesrepublik frei gewählt werden würde und zum gleichen Zeitpunkt eine Wahlkomödie in der DDR stattfände.

Demgegenüber, führte er aus, sollten wir einmal zeigen, wie die Berliner wirklich denken. Er wies darauf hin, daß die Spannung der Berliner Bevölkerung gewachsen sei. Die Leute spüren, wie er sagte, daß es hier um eine große Auseinandersetzung geht und sollten deshalb ihre Meinung äußern. Die Fragestellung sollte selbstverständlich genauestens überlegt werden.

Senator Theuner meinte, daß der Osten in der Kirchentagsfrage scheinbar eine Probe auf die Festigkeit des Willens der Bevölkerung mache. Er glaubt nicht, daß das Interzonenhandelsabkommen deshalb gekündigt werden sollte. Im übrigen sei für den Transport auf dem Luftwege gesorgt.

Senator Tiburtius wies darauf hin, daß es untunlich sei, die Kirchentagsleitung auf die politischen Konsequenzen hinzuweisen, die sich aus einer Absage des Kirchentages ergeben würden.

Der Regierende Bürgermeister sagte hierzu, daß unsererseits die Schwierigkeit der Entscheidung nicht unterschätzt werden dürfe. Zu entscheiden hätte die Kirchentagsleitung auch darüber, ob sie einen halben Kirchentag durchführen wolle. Wir sollten es ihr nicht schwerer machen dadurch, daß wir ausgesprochen politische Dinge ins Feld führen.

Senator Dr. Klein schnitt dann die Frage der völkerrechtlichen Stellung an.

Zur Industrieausstellung seien die Firmen ohne Ortsangabe gemeldet worden, so daß die Sowjetunion später die Möglichkeit habe, die Firmen zu streichen, weil sie nicht von Anfang an gewußt habe, daß es sich um Berliner Firmen handle.

Er war für die Volksabstimmung zu irgendeinem Zeitpunkt, da er der Meinung ist, daß sich die Siegermächte nicht immer auf den Sieg berufen könnten, sondern sich auch einmal auf den Willen der Bevölkerung stützen müßten. Auch die Berliner hätten ein Selbstbestimmungsrecht.

Hier warf der Regierende Bürgermeister ein, daß das Selbstbestimmungsrecht nur für das ganze deutsche Volk gelten könne.

Senator Dr. Klein antwortete darauf, daß man damit auch Berlin verlieren kann. Eine Volksabstimmung zu einem bestimmten Anlaß und mit einer bestimmten Fragestellung würde die Westmächte stärken.

Der Kanzler nahm dann noch einmal zur Industrieausstellung das Wort und erklärte, daß ihm gesagt worden sei, daß Berliner Firmen ohne weiteres zugelassen werden würden. Weiter wörtlich: "Ich hatte Sie hier nur fragen wollen, ob Sie heute Bedenken hätten, daß in der gegenwärtigen politischen Situation die Industrieausstellung in Moskau überhaupt stattfinden sollte."

Die Industrie sei s.E. geneigt, einem solchen Argument zu entsprechen. Zur Frage der Abhaltung des Kirchentages wies er nochmals auf die schweren politischen Bedenken hin und bat, mit der Kirchentagsleitung zu verhandeln. Der Regierende Bürgermeister antwortete, daß das bereits geschehen sei.

Bürgermeister Amrehn ergriff dann das Wort und gab seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß auch die Kirchentagsleitung die politischen Belange berücksichtigen müßte.

Es muß mit allen Mitteln versucht werden, führte er fort, den Friedensvertrag überhaupt zu verhindern.

Es würde eine Fülle von Beratungen bei neutralen Ländern geben. Wir wären schon sehr froh, wenn dieser Status quo bis in die letzte Einzelheit aufrechterhalten werden würde. Leider haben die Alliierten immer wieder etwas abbröckeln lassen.

Seinerzeit haben die Alliierten die Reisebeschränkungen aufgehoben und in diesem Punkte nicht die letzte Härte entwickelt. Die englischen Generäle müssen - wie er erfahren habe - ihre Papiere einem Russen aushändigen, und erst nach Prüfung und Stempelung erhalten sie diese Papiere wieder. So lange müssen die Generäle warten. Wenn dieser Stempel übertragen werde auf Vopoleute, so wird man dabei sicher auch nichts finden.

Wenn der Abschluß des Friedensvertrages nicht verhindert wird, müssen wir ein Gegenmittel in der Hand haben, führte Bm Amrehn aus. Er glaube nicht, daß die Westmächte militärische Mittel einsetzen würden. Dann könnten wir das Interzonenhandelsabkommen kündigen und evtl. wäre die Volksabstimmung dann das letzte Mittel.

Der Kanzler nahm noch einmal das Wort und sagte:

"Zu manchen Sachen war ich jetzt sehr überlegt, weil ich einmal die westlichen Mächte nicht vergrämen soll und nicht Zeichen geben soll, daß man ihrer Standfestigkeit nicht traut. Das zweite Mal, wenn man jetzt hier über Maßnahmen, die getroffen werden sollen, spräche und der Russe erfährt, was für Maßnahmen geplant sind, dann wäre das sehr schlecht."

Zum Kirchentag wies der Kanzler noch einmal auf die wichtige Bedeutung der Abhaltung hin. Man muß den Kirchenleuten sagen, wenn sie wirklich diesen Kirchentag wegen der Maßnahmen der Zone ganz fallen lassen würden, wäre das eine politische Dummheit von größtem Ausmaß, die uns Kopf und Kragen kosten kann.

Abschließend sagte dann der Regierende Bürgermeister:

"Das, was viele von uns bewegt, ist, soweit wie möglich wegzukommen von der Diskussion, was machen wir, wenn die drüben(??). Ich bin der Ansicht, daß der Amerikaner feststeht. Wenn die Zufahrtswege abgesperrt und der Luftverkehr abgebrochen wird, dann knallt es. Nur meine Sorge, daß die anderen schlau genug sein könnten, diese Punkte zu umgehen, und dann hilft uns des Westens Garantieverprechen nichts, wenn es Situationen gibt, die nicht einbezogen sind.

Ich darf darum bitten, daß wir in Berlinfragen im Kontakt bleiben."

Der Kanzler versprach, sehr enge Fühlung zu halten. Um so enger, je kritischer die Situation.

E n d e !!!!!